

EINWOHNERRAT

PROTOKOLL

der 13. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2000-2004)

Sitzungsdatum: 14. November 2001
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.00 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Beat Meyer-Zehnder, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Ruth Greiner, Präsidentin
Dr. Anton Lauber, Vizepräsident
Dr. Leo Zehnder
Roman Meury
Bea Fuchs
Paul Schüpbach
Nicole Nüssli

Gemeindeverwaltung: Max Kamber, Gemeindeverwalter
Christine Graf, Sekretariat Einwohnerrat (Protokoll)
Nadja Strähl, KV-Lehrtochter

Gäste: ---

Entschuldigt: Thomas Bartlome
Dr Ivo Corvini
Lucius Cueni
Claudia Piatti
Bruno Steiger

Abwesend: ---

Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates betreffend Geschäft 3305
Wahl eines Stimmzählers/einer Stimmzählerin in das Büro Einwohnerrat
anstelle des zurückgetretenen Danilo Matiz, SP-Fraktion,
für den Rest des laufenden Amtsjahres (bis 30.6.2002)
2. Bericht des Gemeinderates betreffend Geschäft 3290
Bewilligung eines Verpflichtungskredites von CHF 402'000
zur Beschaffung eines kombinierten Transportfahrzeuges für die Feuerwehr

-
- | | | |
|----|---|----------------|
| 3. | Bericht des Gemeinderates betreffend
Aufhebung des Reglementes über die Vergabe von Arbeiten,
Lieferungen und Dienstleistungen (Submissionsreglement) vom 24. April 1996
sowie Postulat Nr. 3036 von Alex Horisberger, FDP-Fraktion, betreffend
Anpassung der Verordnung zum Allschwiler Submissionsreglement | Geschäft 3036A |
| 4. | Interpellation der FDP-Fraktion betreffend
Chemiemülldeponien in den Nachbargemeinden Allschwils | Geschäft 3298 |
| 5. | Postulat der SP-Fraktion betreffend Vernetzung der Schulhäuser
der Gemeindeschulen Allschwil | Geschäft 3280 |
| 6. | Interpellation von Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, betreffend
Weitergabe von Adressen von Einwohnerinnen und Einwohnern
durch die Gemeindeverwaltung | Geschäft 3279 |
| 7. | Postulat der CVP/SVP-Fraktion betreffend
Alternativen zum bestehenden Tramhäuschen am Allschwiler Dorfplatz | Geschäft 3273 |

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER des Gemeinderates
- Fragestunde

Die Protokollführerin

Christine Graf

Einwohnerratsprotokoll Nr. 13 vom 14. November 2001

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Beat Meyer-Zehnder

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Der Vorsitzende **Beat Meyer-Zehnder** heisst die Anwesenden zur heutigen Sitzung willkommen.

Traktandenliste

Der Vorsitzende **Beat Meyer** stellt die Traktandenliste zur Diskussion.

://:

Die Traktandenliste wird gutgeheissen.

Neue parlamentarische Vorstösse

Budget-Postulate:

- | | | |
|------|--|---------------|
| 1.1 | Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend
Pos. 020-301, Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal,
Kürzung um CHF 150'000 | Geschäft 3307 |
| 1.2 | Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend
Pos. 020-309, übriger Personalaufwand,
Kürzung um CHF 15'000 | Geschäft 3308 |
| 1.3 | Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend
Pos. 020-318/100-318/461-318/720-318, Dienstleistungen und Honorare,
Kürzung um CHF 165'000 | Geschäft 3309 |
| 1.4 | Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend
Pos. 240-314, Baulicher Unterhalt durch Dritte,
Kürzung um CHF 165'000 | Geschäft 3310 |
| 1.5 | Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend
Pos. 300-319, Übriger Sachaufwand, Partnerschaften,
Kürzung um CHF 15'000 | Geschäft 3311 |
| 1.6 | Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend
Pos. 300-363, Zweckverbände/Kulturpreis,
Kürzung um CHF 9'000 | Geschäft 3312 |
| 1.7 | Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend
Pos. 340-315, Übriger Unterhalt durch Dritte,
Kürzung um CHF 10'000 | Geschäft 3313 |
| 1.8 | Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend
Pos. 359-503.01, Verlegung Familiengärten Baselmattweg,
Kürzung um CHF 80'000 | Geschäft 3314 |
| 1.9 | Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend
Pos. 581-366, Private Haushalte,
Kürzung um CHF 200'000 | Geschäft 3315 |
| 1.10 | Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend
Pos. 620-501.14, Öffentliche Beleuchtung, Investitionsrechnung
Kürzung um CHF 175'000 | Geschäft 3316 |
| 1.11 | Budget-Postulat von Felix Mensch und Jean-Jacques Winter betreffend
Pos. 780-301, Schaffung einer Geschäftsstelle (40%) zur Sicherstellung
und Weiterführung der Arbeit im Bereich „Allschwil und Luftverkehr“ | Geschäft 3317 |

- 1.12 Budget-Postulat von Alex Horisberger, FDP-Fraktion, betreffend
Pos. 780-364, Fluglärmbekämpfung, Austritt aus dem Schutzverband
der Bevölkerung um den Flughafen Basel-Mülhausen,
Streichung des Beitrages von CHF 16'000 Geschäft 3318
- 1.13 Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend
Pos. 790-318, Dienstleistungen und Honorare,
Kürzung um CHF 40'000 Geschäft 3319
- 1.14 Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend
Pos. 020-503.03, Gemeindebauten, Investitionsrechnung,
Kürzung um CHF 122'000 Geschäft 3320
- 1.15 Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend
Pos. 113-506.01, Radaranlage, Investitionsrechnung,
Streichung der gesamten Position von CHF 35'000 Geschäft 3321
- 1.16 Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend
Pos 113-506.02, Patrouillenfahrzeug, Investitionsrechnung,
Streichung der gesamten Position von CHF 35'000 Geschäft 3322
- Übrige Vorstösse:**
Kleine Anfrage von Jakob Vogt-Pauluzzi, CVP/SVP-Fraktion, betreffend
Neue Strassenbeleuchtung Geschäft 3306

Rücktritte aus dem Parlament / Neue Parlamentsmitglieder

157 01.031 Büro Einwohnerrat

**Bericht des Gemeinderates betreffend
Wahl eines Stimmzählers/einer Stimmzählerin
in das Büro des Einwohnerrates
anstelle des zurückgetretenen Danilo Matiz, SP-Fraktion,
für den Rest des laufenden Amtsjahres (bis 30.06.2002), Geschäft 3305**

Seitens der SP-Fraktion wird folgende Nomination unterbreitet:

Mark Aellen-Rumo.

://:

Auf Antrag des Vorsitzenden **Beat Meyer** wird einstimmig Stille Wahl beschlossen.

://:

Gestützt auf den Bericht des Gemeinderates wird als Stimmzähler in das Büro Einwohnerrat anstelle des zurückgetretenen Danilo Matiz, SP-Fraktion, für den Rest des laufenden Amtsjahres (bis 30.6.2002) in stiller Wahl gewählt:

Mark Aellen-Rumo.

Mitteilung an:

Mark Aellen-Rumo, SP-Fraktion (als Wahlanzeige)
SP Allschwil, p/A Erika Flury, Postfach 1156, 4123 Allschwil
HA Zentrale Dienste

158 06.050 Feuerwehr

**Bewilligung eines Verpflichtungskredites von CHF 402'000.—
zur Beschaffung eines kombinierten Transportfahrzeuges
für die Feuerwehr, Geschäft 3290**

Nicole Nüssli, Departementsvorsteherin Einwohnerdienste/Sicherheit:

Die Beschaffung des beantragten Feuerwehrfahrzeuges ist wichtig für die Sicherheit der Allschwiler Bevölkerung. Nicht zur Diskussion steht heute allerdings, ob Allschwil eine eigene Feuerwehr benötigt. Von den vielfältigen Dienstleistungen der Feuerwehr Allschwil könne man sich gerne persönlich bei einem Besuch überzeugen, so weiter die Departementsvorsteherin. Die Aufgabe der Gemeinde Allschwil ergebe sich aus dem Feuerschutzgesetz, welches besagt, dass eine Feuerwehr unterhalten werden muss. Zu diesen Aufgaben gehört auch die Wasserwehr, für welche das diskutierte Fahrzeug angeschafft werden soll. Auch der Gemeinderat hat diese Ausgangslage bei seiner strategischen Ausrichtung für die nächsten Jahre festgehalten (Strategische Entwicklungs- und Massnahmenplanung 2000-2006 des Gemeinderates Allschwil). Richtig sei, dass für die Feuerwehr kein Konzept vorliegt, welches aussagt, im Jahr 2002 sind zwei Fahrzeuge durch ein Modulfahrzeug zu ersetzen. Aus eigener Sicht sei jedoch bis heute nicht klar, was der Inhalt eines solchen Konzeptes sein soll. Nicole Nüssli erinnert, dass der Einwohnerrat bereits am 21. Oktober 1998 das Konzept „Feuerwehr 2000“ verabschiedet hat. Inhalt eines weiteren Feuerwehr-Konzeptes könnte einzig sein, welche Aufgaben die Feuerwehr in Zukunft erfüllen soll und mit welchen Fahrzeugen und welchem Personal. Diese Frage beantwortet die Departementsvorsteherin sofort: Es wird keine grundlegenden Veränderungen in der Zukunft geben. Die gesetzliche Grundlage ist vorhanden und diese muss eingehalten werden. Eine Feuerwehr muss unterhalten und ausgerüstet sein.

Dies sei eine Staatsaufgabe, die nicht delegiert werden kann. Gemäss Aussage der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung (BGV) müsste man in Allschwil auch im Fall eines Outsourcings der Feuerwehr-Dienstleistungen nach Basel über ca. 15 – 20 ausgebildete und ausgerüstete Personen verfügen können, die längerdauernde Einsätze wie Hochwasser, Unwetter etc. bewältigen. Nicole Nüssli verweist weiter auf den Ertragsüberschuss der Feuerwehr Allschwil. Wird die Feuerwehr Allschwil nach Basel verlagert, kann die Gemeinde auch keine Feuerwehersatzpflicht mehr einfordern.

Abschliessend plädiert Nicole Nüssli dafür, den für die Gemeinde positiven Wert „Feuerwehr Allschwil“ beizubehalten. Sie weist zudem auf die kürzlichen Attentate von New York und Zug hin; 370 Feuerwehrleute waren allein in Zug im Einsatz. Im Fall eines solchen Ereignisses hätte Allschwil ohne die Feuerwehr Mühe, entsprechende Personen zu finden (Beilagen 1-5).

EINTRETENSDEBATTE

Mark Aellen, namens der SP-Fraktion, gibt zu, dass die Feuerwehr ein grundlegendes Element der Sicherheit in Allschwil ist. Niemand, der den gemeinderätlichen Argumenten zur Anschaffung des neuen Fahrzeuges widerspräche, behaupte, dass es keine Feuerwehr brauche. Die Sicherheit Allschwils hänge aber nicht von der diskutierten Neuanschaffung ab. Der Feuerwehrpark sei nicht derart überaltert und genügend Material sei vorhanden. Und das Argument, die Feuerwehr-Ersatzpflichten würden ohne Allschwiler Feuerwehr wegfallen, sei nicht real. Eine Einheit von mind. 15 Personen, welche die Feuerwehpflichten wahrnehmen kann, müsse in jedem Fall vorhanden sind. Somit besteht auch eine Ersatzpflicht. Seit längerem weise die Geschäftsprüfungskommission darauf hin, dass die Allschwiler Feuerwehr ein Konzept erstellen soll. Sein Hauptkritikpunkt beim gemeinderätlichen Bericht zu Geschäft 3290 ist, dass sie mit der Aussage des Strategiepapieres des Gemeinderates beginnt – welches im Rat nicht bekannt sei – und auch noch von einem bestehenden Feuerwehr-Konzept gesprochen wird. Seines Wissens besteht dieses aber nicht. Zum Inhalt eines solchen Konzeptes: Die Aufgaben der heutigen Feuerwehr bestehen bekannterweise nicht nur im Feuerschutz, sondern auch im Wasserschutz und im weitesten Sinne auch im Bevölkerungsschutz. Im Moment sei auch der Zivilschutz - mit ähnlichen Zielsetzungen - im Umbruch. Ein Feuerwehr-Konzept soll sich also damit auseinandersetzen, wie die verschiedenen Gruppen, die partiell die selben Ziele haben, miteinander arbeiten sollen. Dabei ist auch der Aspekt der Personen-Rettung zu beachten (s. auch Geschäft 3288). Die Sanität hat andere Ansichten bezüglich der Personenrettung, so sei diese oft der Meinung, die Miliz-Feuerwehr sei für diese Spezialfälle nicht genügend ausgerüstet und meldet sich deshalb direkt bei der Berufsfeuerwehr.

Auch wenn sich die Allschwiler Feuerwehr derjenigen von Basel anschliessen würde, müsste man nicht befürchten, Allschwil würde ein Bestandteil der Stadt Basel. Die Frage nach der Organisation der Hilfsleistungstruppen stelle sich und dafür würde ein Konzept benötigt. Weiter erwähnt Mark Aellen, dass das geforderte Material eventuell aus den Beständen des Zivilschutzes frei wird. Es sei deshalb abzuwarten, wie sich der Zivilschutz und der Bevölkerungsschutz entwickeln.

Die SP-Fraktion ist für Nicht-Eintreten auf Geschäft 3290.

Stefan Brügger, namens der CVP/SVP-Fraktion: Die Fraktion steht hinter der Allschwiler Feuerwehr, deren Arbeit sehr geschätzt wird. Beim vorliegenden Geschäft allerdings bestehen Bedenken. Aus den Unterlagen geht nicht klar hervor, warum es der Anschaffung des Feuerwehrfahrzeuges bedarf. Der bestehende Fahrzeugpark ist weder defekt noch ungenügend, noch ist das neue Fahrzeug mit zusätzlichen Mitteln ausgerüstet. Die zentrale Frage in der Diskussion der CVP/SVP-Fraktion lautete: Kann die Allschwiler Feuerwehr ihre Aufgaben mit den heutigen Mitteln erfüllen? Sie ist der Meinung ja und konnte nicht vom Gegenteil überzeugt werden. Den Luxus einer „Nice to have-Anschaffung“ kann sich Allschwil aufgrund der finanziellen Lage im Moment nicht leisten. Dazu komme, dass zur Zeit ein sicherheitspolitischer Wandel in Gang ist und diesbezüglich neue Konzepte erstellt werden. Diese werden die Entwicklung des Zivil- und Bevölkerungsschutzes und auch der Feuerwehren spätestens ab Jahr 2004 massiv beeinflussen. Anfangs Oktober 2001 hat der Bundesrat bereits die Reform für den Bevölkerungsschutz verabschiedet und dem Parlament überwiesen.

Aus den genannten Gründen ist die Fraktion der Meinung, dass die Allschwiler Feuerwehr ihre Aufgaben kurz- und mittelfristig, ohne Einschränkung der Sicherheit, auch mit den aktuellen Mitteln wahrnehmen und erfüllen kann. Ebenfalls ist sie der Meinung, dass die Reform des Bevölkerungsschutzes auf Bundes- und Kantonsebene abgewartet werden soll, um dann entsprechend reagieren zu können. In diesem Fall wäre die CVP/SVP-Fraktion als erste bereit, mehr Geld für die Feuerwehr zu sprechen.

Die CVP/SVP-Fraktion unterstützt den Antrag der SP-Fraktion auf Nicht-Eintreten.

Kurt Kneier, CVP/SVP-Fraktion, dankt Nicole Nüssli für das engagierte Votum, dem nicht viel anzufügen sei. Er zitiert § 13 des Gesetzes über den Feuerschutz, Pflichten der Gemeinden (Beilage 6). Aufgrund dessen kann er das Votum seines Parteikollegen Stefan Brügger nicht verstehen. Aus Sicht der Praxis bestehe Bedarf für das Fahrzeug.

Bei einem Einsatz der freiwilligen Feuerwehr während des Tages stehen anfangs lediglich 2-3 Personen - die für die Gemeindeverwaltung arbeiten und glücklicherweise sofort ausrücken können - zur Verfügung. Grundsätzlich aber stelle heute ein Arbeitgeber den Arbeitnehmer nicht mehr selbstverständlich für einen Feuerwehreinsatz zur Verfügung. Tagsüber seien zuwenig Leute zum Ausrücken vorhanden (total ca. 8-10 Personen pro Einsatz). Zum Glück kann in diesem Fall bis jetzt noch die ELCO- Betriebsfeuerwehr zugezogen werden. Mit der Beschaffung des neuen Modulfahrzeuges könne die Arbeit der immer weniger werdenden Feuerwehrleute erleichtert werden. Es handle sich keinesfalls um ein „Nice-to-have“, sondern um ein „Must“, damit die Feuerwehrleute ihre Aufgabe überhaupt noch wahrnehmen.

Kurt Kneier bittet die Ratsmitglieder, das Geschäft nicht wegen fehlenden Konzepten zurück- oder abzuweisen, sondern die genannten Argumente sachlich zu überdenken.

Departementsvorsteherin **Nicole Nüssli** legt die Einsatzstatistik der Allschwiler Feuerwehr vor. Die Wasserwehr habe einen wesentlichen Anteil an den Feuerwehr-Aufgaben, und das anzuschaffende Fahrzeug erleichtert die Arbeit in genau diesem Bereich. Bezüglich Mannschaftsbestand: 1991 = 82 Personen, im Jahr 2001: 55 Personen (aktuell 62 Personen). Diesem „Personalabbau“ steht der Fahrzeugbestand gegenüber. Drei Fahrzeuge wurden vor 1991 angeschafft, drei in den späteren Jahren. Bei drei Fahrzeugen hat man also mit einem Fahrzeugbestand von mind. 82 Personen gerechnet. Mit einem geringeren Bestand an Personen kann nicht die selbe Qualität der Dienstleistungen erbracht werden. In jedem Betrieb mit geringerem Personalbestand muss besseres Material angeschafft werden, um die gleiche Leistung erreichen zu können. Nicole Nüssli nennt zahlreiche Gründe für die Neuanschaffung des Feuerwehr-Transportfahrzeuges (Beilagen 1-5).

Bezüglich Argument „Reform Bevölkerungsschutz abwarten“ ist die gemeinderätliche Sprecherin der Meinung, dass diese keine Änderung für die Feuerwehr bringen wird. Die Feuerwehr wird weiterhin Ersteinsatzmittel bleiben und die selben Aufgaben inne haben wie bisher. Diese Reform wird hingegen Auswirkungen auf den Zivilschutz haben.

Es sei ganz klar, dass das diskutierte Feuerwehrfahrzeug angeschafft werden müsse.

Mark Aellen, SP-Fraktion, zur Aussage von Kurt Kneier: Wenn die Allschwiler Feuerwehr mit einem Bestand von 58 Personen tagsüber nur 8 Personen für einen Einsatz zur Verfügung hat, so sind schlussendlich vielleicht nur noch 3 Personen im neuen Kombifahrzeug unterwegs. Sind die Zahlen bereits jetzt derart kritisch, so ist ein Feuerwehrkonzept, das aussagt, wie die Tagessicherheit gewährleistet werden soll, um so notwendiger.

Felix Mensch, CVP/SVP-Fraktion, war 20 Jahre aktiv in der Feuerwehr und 10 Jahre in der Feuerwehrkommission tätig. Die Kommissionsarbeit hat ihn zur Ueberzeugung gebracht, dass Aussenstehende die Situation objektiver beurteilen können. Zu den Argumenten von Gemeinderätin Nicole Nüssli: Früher betrug der Bestand der Allschwiler Feuerwehr 120 Mann, effektiv Dienst geleistet hat jedoch nur ein Drittel. Daraus schliesst er, dass effektiv nicht mehr Personen als heute zur Verfügung gestanden haben. Zum Fahrzeugbestand: Das Fahrzeug der Marke Mercedes stammt aus dem Jahr 1988 und damit werden nur minimale Kilometer gefahren. Alle Autos der öffentlichen Hand werden zu seiner Verwunderung nicht älter als 10 Jahre. Wie Felix Mensch weiss, ist es nicht so, dass die Gebäudeversicherung nach 10 Jahren eine Subvention aufdrängt, sondern der Anspruch kann frühestens nach Ablauf von 10 Jahren

geltend gemacht werden. Im gemeinderätlichen Antrag vermisst er die Begründung für die absolute Notwendigkeit der Fahrzeugbeschaffung. Die Investition für ein „Wunschfahrzeug“ könne verschoben werden. Er bittet den Gemeinderat, den Bericht 3290 zurück zu nehmen und dem Rat - unverändert - zu einem besseren Zeitpunkt erneut vorzulegen.

Olivier Rügsegger, SP-Fraktion, richtet folgende Frage an Gemeinderätin Nicole Nüssli: Kann die Feuerwehr Allschwil mit dem heutigen Personal- und Materialbestand die Aufgaben gemäss § 13 des Feuerschutzgesetzes noch erfüllen und somit die Sicherheit der Bevölkerung garantieren?

Gemeinderätin **Nicole Nüssli**: Diese Frage hängt damit zusammen, welcher Qualitätsstandard der Dienstleistung gefordert wird. Die Dienstleistungen selber ergeben sich aus dem Gesetz und der gewachsenen Struktur Allschwils.

Olivier Rügsegger ist der Meinung, dass dieser vom Gesetz vorgegeben ist. Können die Feuerwehr-Aufgaben im jetzigen Zeitpunkt erfüllt werden?

Nicole Nüssli: Die Aufgaben können in diese Sinne sicher erfüllt werden; dabei stellt sich aber die Frage nach der Qualität. Aus diesem Grund kann die Frage nicht mit Ja oder Nein beantwortet werden.

Olivier Rügsegger geht von einem Ja aus. Wo liegt die kritische Personalgrenze, bei welcher die Feuerwehr ihre Aufgaben mit dem jetzigen Material nicht mehr sinnvoll wahrnehmen kann?

Nicole Nüssli erklärt, dass dies mit dem zur Verfügung stehenden Material zusammen hängt. Ist der Bestand kleiner, wird anderes Material benötigt, und dies sei ein modulartiges Fahrzeug.

Olivier Rügsegger wiederholt seine Frage bezüglich kritischer Personalgrenze.

Nicole Nüssli: In diesem Sinn ist die Grenze überschritten.

Kurt Kneier präzisiert sein Votum betreffend Feuerwehr-Einsätze während des Tages mit 8 Personen. Bei der Zahl von 8-10 Feuerwehrleuten handelt es sich nur um diejenigen Personen aus dem Bestand der Feuerwehr Allschwil, ohne Einbezug der ELCO-Betriebsfeuerwehr, bei einem Erst-Einsatz. Nach Eintreffen der auswärts arbeitenden und erreichbaren Feuerwehrleute konnten z.B. beim letzten Brand 23 Personen gezählt werden.

Beim beantragten Fahrzeug gehe es nicht um ein Ersteinsatz-Fahrzeug, sondern um ein Fahrzeug für grössere Einsätze, bei welchen zuwenig Feuerwehrleute zur Verfügung stehen. Zum Votum Felix Mensch: Die Gebäudeversicherung spricht nicht in jedem Fall nach 10 Jahren eine Subvention (siehe die vom Einwohnerrat 1996 beschlossene, aber von der BGV nicht subventionierte Autodrehleiter).

Max Amsler, namens der SD-Fraktion: Es wäre falsch, bei der heutigen Finanzlage einen solchen Kredit zu sprechen. Auch für die nächsten Jahre sehen die Prognosen nicht besser aus. Die Attraktivität Allschwils muss erhalten bleiben, damit nicht noch mehr Einwohner/innen abwandern. Zum Votum von Gemeinderätin Nüssli betreffend „nicht qualifizierte Arbeit des Zivilschutzes“: In Brig hat der Zivilschutz die massgebliche Arbeit zur Befreiung der Bevölkerung geleistet.

Felix Mensch, CVP/SVP-Fraktion, relativiert die Aussage von Kurt Kneier bezüglich Ablehnung der Subvention für die Autodrehleiter durch die BGV im Jahr 1996: Diese wurde nicht gesprochen, weil damals das Feuerwehr-Stützpunktkonzept favorisiert wurde. Zudem: Ohne einsatzfreudige Personen tagsüber nütze auch das best Feuerwehrfahrzeug nichts. Der Arbeitgeber muss flexibel sein, was nicht selbstverständlich ist.

Hanspeter Frey, namens der FDP-Fraktion, geht aufgrund der bisherigen Diskussion davon aus, dass das Geschäft 3290 an den Gemeinderat zurückgewiesen wird. Deshalb bittet er im

Namen seiner Fraktion den Gemeinderat bereits jetzt, ein „Gesamtkonzept über die Feuerwehr Allschwil“ darin einzubauen, damit weitere Diskussionen vermieden werden können.

://:

Mit 26:3 Stimmen wird Nicht-Eintreten auf Geschäft 3290, Bewilligung eines Verpflichtungskredites von CHF 402'000.— zur Beschaffung eines kombinierten Transportfahrzeuges für die Feuerwehr, beschlossen.

159 01.001 Reglemente/Rechtserlasse, kommunal

Aufhebung des Reglementes über die Vergabe von Arbeiten, Lieferungen und Dienstleistungen (Submissionsreglement) vom 24. April 1996 sowie Postulat 3036 von Alex Horisberger, FDP-Fraktion, betreffend Anpassung der Verordnung zum Allschwiler Submissionsreglement, Geschäft 3036A

Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, **Paul Schüpbach**

Der Gemeinderat bittet die Ratsmitglieder, den beiden Anträgen im gemeinderätlichen Bericht 3036A zu folgen.

EINTRETENSDEBATTE

Der Postulant **Alex Horisberger**, namens der FDP-Fraktion: Die Fraktion ist für Eintreten auf Geschäft 3036A und auf die beiden gemeinderätlichen Anträge. Mit der vom Gemeinderat in Aussicht gestellten Aufteilung von Aufträgen in Lose können vermehrt Allschwiler Firmen berücksichtigt werden.

Jakob Vogt-Pauluzzi gibt namens der CVP/SVP-Fraktion Eintreten auf Geschäft 3036A sowie Unterstützung der Anträge des Gemeinderates bekannt.

Peter Humbel, namens der SP-Fraktion, ist ebenfalls für Eintreten und unterstützt die gemeinderätlichen Anträge.

://:

Eintreten auf Geschäft 3036A ist unbestritten und damit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, erkundigt sich, ob in der Gemeinde Allschwil die vom Regierungsrat BL verordneten Schwellenwerte zur Anwendung kommen.

Gemeinderat **Paul Schüpbach** bestätigt dies. Die von Alex Horisberger angeregte Aufteilung in Lose ist nicht zur Umgehung der Schwellenwerte gedacht, diese sollen trotzdem eingehalten werden.

Peter Humbel, SP-Fraktion: Die Schwellenwerte sind im Bericht 3036A klar deklariert. Es kann weder Aufgabe der öffentlichen Hand noch der Bauherrschaft sein, die Preise zu drücken, wie dies heute in der Branche der Fall ist. Grundsätzlich ist dies leider durch die verschiedenen Submissionsverordnungen, übergeordnetes Recht, EU-Verordnungen etc. nicht auszuschliessen. Die Unternehmen sind oft selber für die tiefen Preise verantwortlich, weil die Wirtschaftslage schlecht ist und die erforderlichen Aufträge schwer zu erhalten sind.

://:

Gestützt auf den Bericht des Gemeinderates wird wie folgt beschlossen:

1. Einstimmig wird das Reglement über die Vergabe von Arbeiten, Lieferungen und Dienstleistungen vom 24. April 1996 aufgehoben.
2. Mit grossem Mehr, bei einigen Enthaltungen, wird das Postulat 3036, Anpassung der Verordnung zum Allschwiler Submissionsreglement, abgeschrieben.

Gemäss § 121 Gemeindegesetz unterliegt der Beschluss des Geschäftes 3036A dem fakultativen Referendum.

Die Referendumsfrist läuft am Mittwoch, 2. Januar 2002, 24.00 Uhr, ab.

160 13.112 Nicht wiederverwertbare Abfälle

Interpellation der FDP-Fraktion betreffend Chemiemülldeponien in den Nachbargemeinden Allschwils, Geschäft 3298

Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, **Paul Schüpbach**, illustriert die Lage der untersuchten Deponien anhand von Situationsplänen (Beilagen 7 und 8). Die vier Deponien im Einzugsgebiet Allschwil sind die „Décharge du Galgenrain“ und die „Décharge du Letten“; von den beiden weiteren „Hitzmatten“ und „Roemisloch“ ist Allschwil besonders tangiert. Von der Deponie Roemisloch hinunter in den Neuwillerbach wird entwässert. Der Neuwillerbach wird später zum Mülibach, fliesst durch Allschwil und wird gegen Basel-Stadt zum Bachgraben. Die Deponie Hitzmatten ist wesentlich näher am Mülibach, nämlich zwischen Waldrand und Mülibach.

Beantwortung der Fragen:

Was ist an den Pressemeldungen wahr und was nicht?

In verschiedenen Printmedien sind die ehemaligen Chemiemülldeponien ("Hitzmatten" und "Roemisloch" in Neuwiller; "Le Letten" und "Galgenrain" in Hagenthal) in den elsässischen Nachbargemeinden mehrere Male thematisiert worden. Da keine konkreten Pressemeldungen genannt sind, kann keine verbindliche Aussage über den Wahrheitsgehalt einzelner Meldungen gemacht werden.

Die wissenschaftliche Beurteilung und Begleitung der Angelegenheit ist nicht Sache der Gemeinde, sondern der dafür zuständigen Behörden Direction Régionale de l'Industrie, de la Recherche et de l'Environnement Alsace (DRIRE) auf französischer Seite bzw. das kantonale Amt für Umweltschutz und Energie BL (AUE) auf Schweizer Seite.

Welches ist der allerletzte Stand der Gelände-/Grundwasseruntersuchungen vor Ort, wie vom Gemeinderat angefordert?

Die involvierten Chemiefirmen haben sich am 24. September 2001 in einer Interessengemeinschaft «IG Deponiesicherheit» zusammengeschlossen (mit Status eines Vereins). Die IG hat folgenden Zweck:

- Durchführung der nötigen Abklärungen über die Gewährleistung der Deponiesicherheit.
- Schaffung einer einzigen Ansprechstelle für Behörden und involvierte Interessengruppen.

In der IG sind nebst Ciba Spezialitätenchemie, Novartis und Syngenta auch die Firmen Clariant, Hoffmann La Roche, Säurefabrik und Rohner vertreten, weil noch andere Deponiestandorte in der Grenzregion (auch in der Schweiz und in Deutschland) berücksichtigt werden sollen.

Was für Allschwil von besonderem Interesse ist:

Es wurden alle vier Deponien in den elsässischen Nachbarschaft in ein Untersuchungsprogramm aufgenommen.

Aktueller Stand der Untersuchungen:

Die involvierten Nachfolgerfirmen Ciba SC, Novartis und Syngenta haben die Firma ANTEA mit Untersuchungen der vier Deponien beauftragt. Hierfür wurden Bohrungen (Piezos) abgeteuft.

- «Greenpeace» hat in den damals nicht abgeschlossenen Piezos Proben gezogen, vom Berliner Labor MPU untersuchen lassen und die Resultate am 17. Juli 2001 veröffentlicht.
- Am 13. September 2001 haben die involvierten Nachfolgerfirmen Ciba SC, Novartis und Syngenta den betroffenen Gemeinden einen Zwischenbericht mit den von der Firma ANTEA ermittelten Resultaten überreicht.
- Im Mühlebach konnten keinerlei chemische oder bakteriologische Verunreinigungen nachgewiesen werden, die auf die ehemaligen Chemiemülldeponien in den elsässischen Nachbargemeinden zurückzuführen sind. Es wäre also unverhältnismässig gewesen, in diesem Zusammenhang ein "Badeverbot" zu verfügen.
- Ebenso wies das Trinkwasser der Gemeinde Schönenbuch in diesem Zusammenhang stets einwandfreie Qualität auf.
- Aus der Deponie Roemisloch fliesst unbestrittenermassen verunreinigtes Sickerwasser aus, dessen Quantität aber ein Badverbot nicht rechtfertigen würde.
- Bei allen Deponien werden weitere Untersuchungen vorgenommen. So am 24. September 2001 bei der Deponie "Le Letten" im Beisein der Medien. Zudem wurden ebenso gemeinsam zusätzliche Beprobungs-Standorte bei der Hagenthaler Deponie "Le Letten" festgelegt.
- Die Sous Préfecture in Mulhouse hat am 25. September 2001 eine «paritätische Kommission» eingesetzt, die sich mit der Angelegenheit befasst (darin sind aus F und CH Delegierte der Ämter, betroffenen Gemeinden, Chemiefirmen, Umwelt- und Naturschutzorganisationen vertreten).

Wieso hat der Gemeinderat die vollständige Entsorgung der Deponien in den Nachbargemeinden gefordert?

Dass bei ungesicherten Deponien (Deponien ohne Abdichtungen, Zugangs- und Zulassungsbeschränkungen) die vollständige Entsorgung in ökologischer Hinsicht die Bestvariante darstellt, wird auch vom BUWAL vertreten. Als verantwortliche und verantwortungsvolle Gemeindevertreter hat der Gemeinderat Allschwil dies ebenfalls gefordert.

Mittlerweile verlangt das BUWAL auch, dass gesicherte Deponien (z.B. Bonfol) vollständig zu entsorgen sind. BUWAL-Chef P. Rogg wird in einem Interview im Tagesanzeiger vom 18. Oktober 2001 wie folgt zitiert: „Viel hängt davon ab, was in den Gruben liegt. Wenn in den Deponien Stoffe lagern, die langfristig die Umwelt gefährden, müssen diese ausgegraben und ordnungsgemäss entsorgt werden. Zur Zeit wissen wir aber noch nicht, was in diesen Gruben tatsächlich vergraben wurde. Deshalb muss man diese Standorte zuerst einmal genau untersuchen. Erst nachher können wir entscheiden, welche Massnahmen man treffen muss. Diese Arbeiten haben jetzt erst begonnen. Wichtig dabei ist aber auch unsere Philosophie: Wenn etwas gefährlich ist, muss es ausgegraben werden.“ Dies entspricht auch der Philosophie des Gemeinderates Allschwil.

Weiss man, was in den -Deponien gelagert ist?

Anteil Chemiemüll, Anteil Bauschutt, Anteil Haushaltkehrricht?

Deponie	Gesamt mengen Gemäss Bericht ANTEA	Chemiemüll	
		Gemäss Bericht ANTEA	Gemäss Buch "Farbenspiel"
Hitzmatten	Nicht bekannt	Nein; 0 Tonnen	Ja; nicht quantifiziert
Roemisloch	9'000 Tonnen	900 Tonnen	
Galgenrain	30'000 m ³	Ja; nicht quantifiziert	
Le Letten	30'000 m ³	3'200 Tonnen	

Quellenhinweise: (Unterlagen liegen bei der Gemeindeverwaltung, Hauptabteilung Tiefbau/Umwelt, zur Einsichtnahme auf)

- Bericht vom September 2001 der von den Chemiefirmen mit den Untersuchungen beauftragten Firma ANTEA.
- Buch "Farbenspiel" von Martin Forter, Chronos-Verlag Zürich, ISBN Nr. 3-905313-46-4

Die involvierten Chemiefirmen haben sich in ihren Archiven soweit als möglich kundig gemacht. Auch wurden Befragungen bei Zeitzeugen durchgeführt.

Für Allschwil interessant sind Hitzmatten und Roemisloch. Roemisloch: Von der Gesamtmenge 9'000 Tonnen sind 10 % Chemiemüll. Der Rest wurde von einem Transporteur aus dem Gundeldingerquartier (Bauschutt, Haushaltkehricht) eingesammelt und ebenfalls dort abgelagert, vermischt mit Chemiemüll. Hitzmatten: Es ist nach wie vor umstritten, ob überhaupt Chemiemüll eingelagert worden ist. Aus den Akten der Chemie geht dies nicht hervor. Jedoch hat Herr M. Forter Personen interviewt, die aussagen, dass Lastwagen, die normalerweise Chemiemüll transportieren, dort gesehen worden sind. Es handelte sich um private Transportfahrzeuge, und nicht um Lastwagen der Chemie.

Diese Angaben werden zur Zeit historisch aufgearbeitet. Der Gemeinderat ist vor allem daran interessiert, Klarheit in den umstrittenen Deponien zu erhalten. Beim Roemisloch besteht klar Handlungsbedarf. Die Deponie Hitzmatten jedoch ist nahe am Naturschutzgebiet und am Hochwasserschutz; dort fordert der Gemeinderat Klarheit und hat bereits entsprechende Schritte unternommen.

Besteht eine Altlastenverordnung?

Alle vier thematisierten Chemiemülldeponien befinden sich auf französischem Territorium, demzufolge ist die Problematik nach französischem Recht anzugehen. Die Vorschriften und Methodik sind durchaus mit jenen der Schweiz vergleichbar.

Wie soll es nun weitergehen? Welches sind die Zuständigkeiten?

Die Resultate der gemeinsam gezogenen Proben werden Ende November 2001 bekannt gegeben. Die geschichtlichen Daten bezüglich der Deponie Hitzmatten sind im Januar 2002 zu erwarten.

Wann sind neue Informationen zu erwarten?

S. Beantwortung vorherige Frage

Gemeinderat **Paul Schübach** stellt sich für weitere Auskünfte zur Verfügung.

Der Interpellant **Alex Horisberger**, FDP-Fraktion, verlangt Diskussion.

//:

Mit grossem Mehr wird Diskussion zu Geschäft 3298 beschlossen.

Alex Horisberger dankt für die ausführlichen Informationen. Er erkundigt sich, wie tief die Probebohrungen gehen und ob nicht mit neuen Lecks gerechnet werden muss, wenn z.B. in eine Fassung gebohrt wird.

Paul Schübach: Den Bohrungen vorausgegangen sind geologische Untersuchungen. Die Frage des Interpellanten sei richtig und berechtigt. Man versucht, nicht die Deponie als solche anzubohren, sondern die Grundwasserströme und Sickerwasserströme um die Deponie herum. Was in der Deponie „Le Letten“ in Schönenbuch passiert ist: Weil die ANTEA nicht klar über das Ausmass der Deponie Bescheid wusste, wurde sie angebohrt. Dieses alarmierende Resultat wurde von Greenpeace veröffentlicht. Um die Sicherheit bei Bohrungen zu gewährleisten, wird die Deponie zuerst dünn angebohrt.

Alex Horisberger: Es ist bekannt, dass die Untersuchungsberichte mit verschiedenen Ergebnissen publiziert worden sind. Professor Ohme, Professor für analytische/organische Chemie an der Uni Basel, kommt nach Begutachtung eines Berichtes zum Schluss: „Die Fakten sind nicht komplett.“ Er wird am 25.9.01 in der Presse wie folgt zitiert: Ob eine Chemiemülldeponie ausgehoben werden muss, hängt für Ohme viel stärker vom vorhandenen

Risiko-Potenzial des Chemiemülls in der Deponie ab, als von einzelnen Analysen und deren Umfeld.

Es scheint wichtig, dass eine gemeinsame Strategie gewählt worden ist, damit die Kontaminierung des Sicker- und Grundwassers geprüft werden kann. Die Chemische Industrie wird – falls notwendig – zu ihrer Verantwortung stehen. Man darf aber nicht vergessen, dass sich sämtliche angesprochene Deponien im Ausland befinden, weshalb der Informationsfluss etwas langsamer ist. Weiter erwähnt Alex Horisberger, dass diejenigen Gemeinden, die das Land für die Deponien zur Verfügung gestellt haben, dafür entschädigt wurden. Dies müsse in Relation gebracht werden.

Zu Händen des Gemeinderates sagt der Votant abschliessend: Es besteht ein Handlungsbedarf. Die Behörden müssen via kantonale Instanzen zum zuständigen französischen Departement vorstossen, damit auch der Einwohnerrat Einsicht in die Untersuchungen erhält und beruhigt sein kann.

Paul Schüpbach: Es ist nicht der Fall, dass der Gemeinderat Allschwil nicht informiert wird. Die Chemische Industrie will aber die Angelegenheit mit allen involvierten Parteien angehen. Die erhaltenen Berichte sind sehr umfangreich und die bisherigen Besprechungen zahlreich.

Olivier Rüeegg, SP-Fraktion, zeigt sich zufrieden mit den detaillierten Ausführungen und dem Einsatz des Gemeinderates, vor allem von Paul Schüpbach. Es wurde richtig gesagt, dass die Lage anfangs Jahr ungewiss war, jetzt aber langsam Klarheit gewinnt. Vielleicht hat gerade das frühe Fordern der Gemeinde Allschwil bei der Chemischen Industrie die Aufmerksamkeit verursacht. Die gegründete Interessengemeinschaft zeigt, dass die Anliegen ernst genommen werden und vielleicht eine Lösung gefunden werden kann.

Die französische DIRDRE hat ausgesagt, dass – sofern die Deponien Stoffe enthalten, welche die Gesundheit gefährden könnten – von offizieller Seite in Frankreich die Sanierung der Deponien gefordert wird. Es ist also nur mehr als sinnvoll, wenn der Gemeinderat Allschwil diese Forderungen unterstützt. Der Votant ermutigt den Gemeinderat, am Ball zu bleiben.

Jakob Vogt-Pauluzzi, CVP/SVP-Fraktion, ist ebenfalls froh, dass der Gemeinderat in dieser Sache aktiv ist. Weil das Naturschutzgebiet Mülital als Voraussetzung für die Ueberbauung des Ziegeleiareals gilt, muss Allschwil ein elementares Interesse daran haben, dass es vorwärts geht.

Peter Hauser, CVP/SVP-Fraktion, ist froh, dass der Gemeinderat an seiner Aussage festhält, dass die Deponien ausgehoben und saniert werden müssen. Dem Votanten bereitet es aber Kummer, dass die Deponie Hitzmatten vernachlässigt wird. Diese grenzt an das künftige Biotop. Bei den ersten Bohrungen wurden keine giftigen Stoffe gefunden, weil eine Drainage neben der Deponie im Bach durchläuft, also kann nicht viel Grundwasser vorhanden sein. Nach Meinung des Sprechenden muss nochmals Druck aufgesetzt werden, damit die Deponie Hitzmatten im Detail untersucht wird.

Felix Mensch, CVP/SVP-Fraktion, hält diese Art von Entsorgung ebenfalls für falsch, jedoch sollte darüber keine Hysterie entstehen. Die korrekten Untersuchungsergebnisse müssen aufzeigen, was konkret gemacht werden muss.

Paul Schüpbach: Der Gemeinderat Allschwil konzentriert sich hauptsächlich auf die Deponie Hitzmatten, wie das von Peter Hauser gefordert wird. Es ist unbestritten, dass im Roemisloch Chemiemüll gelagert wird, weil dieser bereits gefunden wurde. Auch für die Chemische Industrie kann es aufgrund des Kosten-/Nutzen-Verhältnisses interessant sein, Chemiemüllablagerungen auszuheben und vollständig und endgültig zu entsorgen, speziell bei ungesicherten Deponien.

Peter Hauser widerspricht dem Votum von Felix Mensch bezüglich Hysterie. Es gehe darum, dass die beiden Deponien an einem Gewässer liegen, das direkt durch Allschwil fliesst. Unmittelbar daneben werde mit Steuergeldern ein Biotop von nationaler Bedeutung geschaffen. Deshalb habe die Sanierung der Deponien Roemisloch und Hitzmatten Vorrang.

://:

Die Interpellation der FDP-Fraktion betreffend Chemiemüldeponien in den Nachbargemeinden Allschwils wird vom Gemeinderat beantwortet und als erledigt abgeschrieben.

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

- Einzug in das neue Gemeindezentrum per 19.11.2001
(Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner**)
- Baustelle der Elektra Birseck Münchenstein Grabenring/Baslerstrasse
(DV Tiefbau/Umwelt **Paul Schüpbach**)

FRAGESTUNDE

Schriftlich eingegangene Fragen:

Peter Humbel, SP-Fraktion:

161 12.150 Waldwege

Mooshagweg: Desolater Zustand eines Teilstückes
(Beilage 9)

Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, **Paul Schüpbach**:

Die Situation ist bekannt. Es handelt sich bei diesem Abschnitt um einen sogenannten Grasweg mit hohem ökologischem Wert (Grasnarbe als Mittelstreifen). Die diesjährige Fruchtfolge führte zu vermehrten Erosionen, so dass sich in den Spurrinnen humoses Material ablagerte. Ausserdem war der Monat September sehr nass und der Weg wurde mit landwirtschaftlichen Maschinen befahren. Durch all diese Umstände hat der Zustand dieses Grasweges stark gelitten.

Die Sanierung des Wegstückes durch die Regiebetriebe wird baldmöglichst an die Hand genommen.

Peter Humbel, SP-Fraktion:

162 13.110 Abfallbeseitigung

Fehlende Robidogs am Dorfplatz und entlang der Binnergerstrasse
(Beilagen 9 und 10)

Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, **Paul Schüpbach**:

Bei der vom Einwohnerrat beschlossenen Einführung des Robidog-Sxstems im Jahre 1986 wurden 40 Behälter platziert. Mittlerweile sind 55 Robidog-Behälter im geschlossenen Siedlungsgebiet und 11 im Landwirtschaftsgebiet in Betrieb, insgesamt in der Gemeinde also 66 Behälter. Dies ergibt eine beachtlich hohe Dichte von einem Behälter auf nur rund 15 Allschwiler Hunde. Im Gegensatz zu anderen Gemeinden sind die Behälter in Allschwil nicht einbetoniert, sondern auf Betonsockeln montiert. Im geschlossenen Wohngebiet beträgt der Einzugsradius weniger als 250 Meter (zum

Vergleich: Der Einzugsradius für öffentliche Verkehrsmittel beträgt in der Regel 350 Meter).

Um den Dorfplatz hat es im Einzugsradius von 250 Metern 9 Behälter. Entlang der Binningerstrasse sind im Band von rund 100 Metern Breite 7 Behälter platziert. Zum Vergleich: Im Geviert Baslerstrasse-Grabenring-Bachgraben-Stadtgrenze/ (Buschweilerweg) sind es sogar 18 Behälter.

Gestützt auf diese Darlegungen wird das Angebot als ausreichend erachtet. Sind Standort-Verschiebungen von Robidog-Behältern gewünscht, kann dies der Abteilung Umwelt mitgeteilt werden.

Der Fragesteller **Peter Humbel** dankt für die Beantwortung. Er weist darauf hin, dass in Allschwil zahlreiche fremde Hunde ausgeführt werden. Er fragt sich zudem, ob es sinnvoll ist, wenn Hundebesitzer ihre Robidog-Säckchen vom Dorfplatz an der Ecke Clarastrasse/ Baslerstrasse im allgemeinen Abfallkorb deponieren müssen. Deshalb bittet er den Gemeinderat, sich weitere Gedanken bezüglich Robidog am Dorfplatz zu machen.

Mark Aellen-Rumo, SP-Fraktion:

163 04.070 Freizeitangebote Kinder und Jugendliche

Jugendsession in Allschwil (Beilage 11)

Departementsvorsteherin Bildung/Erziehung/Kultur, **Beatrice Fuchs**:

Fand bereits eine Jugendsession statt?

Bisher nicht. Eine Jugendsession soll von Jugendlichen für Jugendliche und nach deren Bedürfnissen durchgeführt werden. Leider konnten – trotz grosser Bemühungen seitens der Kinder- und Jugendkommission – bis jetzt noch nicht genügend Jugendliche für einen solchen Anlass mobilisiert werden.

Am 13. Juni 2001 wurden 17 Jugendliche (Männer und Frauen) zu einer ersten Besprechung ins Jugendfreizeithaus eingeladen. Erschienen sind lediglich 5 Männer und 1 Frau. An dieser Veranstaltung haben die Jugendlichen bemängelt, dass die Einladung eher Erwachsene als Jugendliche ansprechen würde. Als Folge davon erklärten sich zwei Jugendliche bereit, eine nächste Anzeige im AWB in jugendgerechter Sprache und jugendgerechtem Design selber zu gestalten. Diese Anzeige wurde 2x im AWB geschaltet. Nebst dem wurde die Anzeige als Kleinplakat und Flyer in sämtlichen Basler und Baselbieter Gymnasien und Gewerbeschulen ausgehängt. Zu diesem Vorbereitungs-Anlass vom 24.10. im Jugend- und Freizeithaus sind nur 4 Jugendliche rechtzeitig erschienen. Weitere 3 kamen nach 3/4 Stunden und 2 erst, als der Anlass beendet war. Die Gruppe konnte sich an diesem Abend auf kein gemeinsames Thema für eine Jugendsession einigen.

Ein weiterer Anlass findet am 1. Dezember 2001 statt.

Wenn ja, bei welcher Gelegenheit wird der Rat über diese Session informiert?

Nach Abschluss der Evaluation vom 1.12.2001 wird die Kinder- und Jugendkommission dem Gemeinderat einen Abschlussbericht vorlegen. Gemeinderätin Fuchs wird in einer der nächsten Einwohnerratssitzungen darüber berichten.

Wenn nein, welcher Art sind die Schwierigkeiten, die zu einer Verschiebung führten?

Es fehlen Themen und das Interesse seitens der Jugendlichen.

Abschliessend bemerkt die Departementsvorsteherin, dass es betrüblich sei, nicht mehr Allschwiler Jugendliche für die Politik motivieren zu können. Jedoch weiss sie, dass im kantonalen Jugendrat 3 von 9 Jugendräten aus Allschwil stammen.

Der Fragesteller **Mark Aellen** ist mit der Beantwortung vollauf zufrieden.

Mark Aellen-Rumo, SP-Fraktion:

164 07.031 Beitrags- und Subventionsgesuche

Vergabe von Gemeindebeiträgen (Beilage 11)

Departementsvorsteherin Bildung/Erziehung/Kultur, **Beatrice Fuchs**:

Die Grundlage bildet das Kulturleitbild Allschwil, welches vom Einwohnerrat im September 2000 zur Kenntnis genommen worden ist. Die Information der Vereine und Organisationen erfolgte schriftlich Mitte Juli 2001 sowie am 10. August 2001 im AWB. Die neuen Richtlinien sind in einer Arbeitsgruppe entstanden. Sie wurden an die Vergabepaxis des Kantons BL angepasst. Das Schwergewicht bei der Vergabe von Beiträgen liegt gemäss dem Kulturleitbild auf den Merkmalen transparent, projektorientiert, zweckgebunden.

Die eingehenden Gesuche werden ab 1. Januar 2002 in vier Bereiche unterteilt:

1. Jugendförderung und Sportvereine für jährlich wiederkehrende Beiträge
2. Jährlich wiederkehrende Unterstützungsbeiträge Allschwil und Regio
3. Unterstützungsbeiträge an Institutionen Allschwil, Basel-Stadt und Regio
4. Projektbezogene Beiträge an Veranstalter/Institutionen und Einzelpersonen Allschwil, Basel-Stadt und Regio.

Gesuche und Wegleitungen geben klar Aufschluss über die Voraussetzungen zur Gewährung eines Beitrages und die zu erfüllenden Bedingungen. Die Bedingungen sind je nach Bereich verschieden. Das Gesuchsformular sowie die Wegleitungen können via Internet von der Homepage der Gemeinde Allschwil geladen werden.

Bedingungen für Gesuche 1, 2 und 3:

- Die Frist zur Einreichung ist: vor dem 30. April des laufenden Jahres
- Die Bewilligung durch den Gemeinderat erfolgt im Juni, die Auszahlung im Juli oder August.
- Der Verwendungszweck muss klar deklariert sein und projektbezogen verwendet werden.
- Der gesprochene Beitrag stellt keine Präjudiz für weitere Gesuche dar.
- Ende Jahr muss eine Evaluation möglich sein und der Gemeinde auf Verlangen zugestellt werden.
- Der Antrag muss jährlich neu gestellt werden.

Bedingungen für Gesuche 4:

- Detailliert beschriebenes Projekt mit Angaben über Inhalt, Zielpublikum, zeitlicher Rahmen
- Der Gemeindebeitrag soll ein Bestandteil der Finanzierung sein; die Eigenleistungen der Veranstalter müssen mind. 60 % der Gesamtkosten betragen.
- Gesuche für bereits stattgefundenen Veranstaltungen resp. bereits entstandene Defizite werden nicht berücksichtigt.
- Der gesprochene Beitrag stellt keine Präjudiz für weitere Gesuche dar.
- Für Projekte kann ein Vorschuss in Höhe der Hälfte des Beitrages beansprucht werden. Nach Projekt-Abschluss muss der Gemeinde umgehend eine Schlussabrechnung, ein Schlussbericht und eine Evaluation vorgelegt werden.
- Bewilligungsinstanz ist der Gemeinderat.

An den bisherigen Beträgen wurde im Budget pro 2002 nichts verändert. Es wird lediglich eine neue Vergabepaxis eingeführt.

Der Fragesteller **Mark Aellen** dankt für die Beantwortung und erkundigt sich, ob es korrekt sei, dass der Gemeinderat im diesjährigen Budget eine Position für Projekte hat, die er ohne Rücksprache mit dem Einwohnerrat und ohne Einsprachemöglichkeit seitens des Einwohnerrates im nachfolgenden Jahr gemäss seinen Richtlinien und in eigener Kompetenz verteilt.

Beatrice Fuchs bestätigt diese Praxis.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, bittet um Erläuterungen zum Begriff „Evaluation“.

Beatrice Fuchs: Dabei handelt es sich um eine Bewertung des Projektes durch den Antragsteller im Sinne eines Berichtes.

Mündliche Fragen:

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion:

165 02.035 Asylwesen / Asylantenheim ATLAS

Drogenumschlagplatz im Gebiet Asylantenheim/Gemeindepark / Situation bekannt? Was wird unternommen? Zusammenarbeit mit der Polizei Basel-Landschaft?

Departementsvorsteherin Einwohnerdienste/Sicherheit, **Nicole Nüssli**:

Die Situation ist dem Gemeinderat bekannt. Es sind mehrere solche wechselnde Plätze bekannt: Gemeindepark, Tramstation Gartenstrasse, Spielplatz Dürrenmattweg, Tramstation/Spielplatz Kirche und beim Jugendfreizeithaus. Die Massnahmen seitens Gemeinde sind eingeschränkt. Es handelt sich grundsätzlich um eine Aufgabe der Polizei Basel-Landschaft. Die Gemeindepolizei unterstützt deren Arbeit, indem Auffälligkeiten sofort weitergemeldet werden.

Alice Märky, FDP-Fraktion:

166 11.100 Raumplanung/Zonenplanung

Stand der Überbauung Rosenberggrain?

Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, **Roman Meury**:

Ein diesbezüglicher Gerichtsentscheid ist noch hängig.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion:

167 01.010 Statistiken, Studien

Studien betreffend Gemeindeentwicklung und Stärkung der lokalen Einkaufsfunktion: Kosten?

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner** wird die Kosten zusammen stellen und baldmöglichst Bericht darüber erstatten.

Dr. Guido Beretta erkundigt sich, ob der Gemeinderat sich Gedanken gemacht habe, diese Kosten selber zu tragen, weil er eine Arbeit auswärts vergeben habe, die er selber hätte ausführen sollen.

Felix Mensch, CVP/SVP-Fraktion:

168 06.093 Verkehrssicherheit, Strassensignalisation, VPA

Forderung nach gesichertem Fussgängerübergang bei der Baustelle Baslerstrasse

Departementsvorsteherin Einwohnerdienste/Sicherheit, **Nicole Nüssli**:

Dieses Angelegenheit wird vor Ort geprüft.

169 01.118 Informationstechnik (IT)
04.030 Real- und Sekundarschule

Postulat der SP-Fraktion betreffend Vernetzung der Schulhäuser der Gemeindeschulen Allschwil, Geschäft 3280

Departementsvorsteherin Bildung-Erziehung-Kultur, **Beatrice Fuchs**:

Der Gemeinderat nimmt das Postulat sehr gerne entgegen. Es entspricht der heutigen Zeit, dass die Lehrerzimmer und Sekretariate für den Austausch von Informationen online miteinander verbunden sind.

EINTRETENSDEBATTE

Mark Aellen, namens der SP-Fraktion als Postulantin, unterstützt dieses Votum und bittet die Ratsmitglieder um Ueberweisung des Postulates. Nicht nur für den Versand von E-Mails sei die Vernetzung gedacht, sondern damit die Lehrerschaft von der Nutzung der professionellen Informationsquelle Internet nicht ausgeschlossen oder auf einen privaten Anschluss angewiesen ist.

Jan Oppliger, JUMP, unterstützt diese Aussage. Im Postulat wird aber lediglich die ISDN-Lösung vorgeschlagen, was nochmals überprüft werden sollte. Vielleicht könnte die Vernetzung auch einfacher über zusätzliche Telefonanschlüsse erfolgen.

Ursula Pozivil, namens der FDP-Fraktion, ist für Ueberweisung des Postulates. Sie unterbreitet dazu noch folgende Fragen:

1. Ist ein Anschluss pro Schulhaus oder pro Klassenzimmer vorgesehen? Oder ist ein spezieller PC-Raum gemeint?
2. Wieviel kostet ein ISDN-Anschluss und wie viel der Betrieb?
3. Welche Einsparungen ergeben sich gegenüber dem bisherigen Telefonsystem und dem Kurierdienst?
4. Ist die Geheimhaltung gewährleistet?

Gemeinderätin **Bea Fuchs** wird diese Fragen demnächst beantworten.

Arnold Julier, namens der CVP/SVP-Fraktion, erachtet den Internet-Anschluss für Schulen als ein „Muss“ in der heutigen Zeit. Auch der Bund, zusammen mit den Kantonen und Gemeinden, spricht Gelder für das Projekt „Eine Milliarde für den digitalen Unterricht“. Innerhalb von 5

Jahren sollten so alle Schweizer Schulhäuser mit Internet ausgerüstet sein. Die Swisscom bietet einen kostenlosen Internet-Anschluss für Schulen an. Mit diesem Angebot könnten die 4 noch nicht vernetzten Allschwiler Schulhäuser zur Unterstützung der Aus- und Weiterbildung der Lehrerschaft sowie für den allgemeinen Informationsfluss vernetzt werden. Die CVP/SVP-Fraktion ist für Ueberweisung des Postulates.

Gemeinderätin Fuchs informiert, dass der Kanton bereits die Sekundarschulhäuser und PG-Schulhäuser vernetzt, so dass Schüler/innen Zugang zum Internet haben. Für den Internetanschluss in Primarschulen, welche den Gemeinden unterstehen, macht die Swisscom bereits Werbung. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft hat jedoch folgenden Beschluss erlassen: „Das Angebot der Swisscom können die Gemeinden auch für die Primarschulen nutzen, sofern die Bedingungen - einschliesslich der Gewährleistung eines ausreichenden Supports - erfüllt sind. D.h. die Gemeinden müssen die Hardware zur Verfügung stellen, die Einrichtung der Linien sowie den Support übernehmen. Diese Ausgaben sind aber im Budget nicht enthalten und müssten vom Einwohnerrat zuerst gesprochen werden.

Mark Aellen, SP-Fraktion, hält fest, dass im Postulat ganz klar nur die Vernetzung der Allschwiler Primarschulhäuser für die Lehrerschaft gefordert wird. Informatik im Schulunterricht sei ein anderes Projekt. Die Lehrer/innen sollen einen adäquaten zeitgerechten Anschluss ins Internet erhalten. Es wird keine Vernetzung aller Schulzimmer verlangt.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, ist froh um die Präzisierungen von Mark Aellen. Die Vernetzung der Lehrzimmer kann er unterstützen, nicht aber Internet-Anschlüsse für Schüler und Schülerinnen. Aus eigener Erfahrung als Lehrer kennt er die Auswirkungen von für Schüler zugänglichen Internetanschlüssen an Schulen. Diese würden lediglich für private Zwecke genutzt, nicht aber für den Schulunterricht. Es könne nicht Aufgabe des Staates sein, dies zu forcieren. Schüler/innen sollen bei Bedarf zu Hause einen Internet Anschluss einrichten. Der Votant sieht vor allem kommerzielle Interessen im Angebot der Swisscom. Seiner Meinung nach sind die Informationen aus dem Internet zudem grösstenteils nicht für Primarschüler geeignet.

:::

Eintreten ist unbestritten

DETAILBERATUNG

Keine weiteren Wortmeldungen.

:::

Das Postulat der SP-Fraktion betreffend Vernetzung der Schulhäuser der Gemeindeschulen Allschwil wird einstimmig dem Gemeinderat überwiesen.

170

01.182

Datenschutz

Interpellation von Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, betreffend Weitergabe von Adressen von Einwohnerinnen und Einwohnern durch die Gemeindeverwaltung, Geschäft 3279

Departementsvorsteherin Einwohnerdienste/Sicherheit, **Nicole Nüssli**:

Die Frage des Interpellanten sei angesichts der heutigen Werbeflut durchaus berechtigt. Adressherausgeberin kann eine Gemeinde resp. die Einwohnerkontrolle sein. Bei der Datenherausgabe verhält sich die Einwohnerkontrolle gesetzeskonform.

Es ist tatsächlich so, dass man häufig für Adressauskünfte angefragt wird. Bei den Anfragenden handelt es sich um Einwohnerkontrollen anderer Gemeinden, die Kirchgemeinde Allschwil, Polizeiorgane, Staatsanwaltschaft, Gerichte und Private.

Segmente: Den grössten Anteil (99%) haben Anfragen zu Adressen von Einzelpersonen. Bei solchen Anfragen werden keine Angaben zum Persönlichkeitsprofil gemacht. Von 1998 bis 2000 sind pro Jahr 4-5 Anfragen von übrigen Institutionen wie den Jungschützen, von kantonalen Amtsstellen und verschiedenen Parteien eingegangen. Ein Adressverkauf an „professionelle“ Datenanbieter ist bis heute von der Gemeinde Allschwil nicht erfolgt.

Als gesetzliche Grundlage ist für die Einwohnerkontrolle das kantonale Datenschutzgesetz mit entsprechender Verordnung, das Merkblatt „Edition von Daten an Private“ und die Broschüre des Datenschutzbeauftragten BL massgebend. Bei Unklarheiten wird zudem der Rechtsdienst der Gemeinde oder der Datenschutzbeauftragte BL zugezogen.

Sehr heikel ist die Datenbekanntgabe an Private, wenn es sich um Listenauskünfte handelt. Bei solchen Anfragen verlangt die Einwohnerkontrolle eine schriftliche Verpflichtungserklärung, die den Zweck der Nachfrage festhält, welcher schützenswert und ideell sein muss. Mit der Unterschrift muss bestätigt werden, dass die herausgegebenen Adressen ausschliesslich für den genannten Zweck verwendet und nicht verkauft werden dürfen. Ebenfalls wird auf die Straffolge hingewiesen. Erst nach Erhalt der Verpflichtungserklärung werden die Auskünfte erteilt.

Die Gesuche für Listenauskünfte werden gesammelt und können der Geschäftsprüfungskommission für die Einsichtnahme zur Verfügung gestellt werden. Schriftliche Einzelanfragen sowie telefonische Auskünfte werden nicht registriert.

Jean-Jacques Winter dankt für die fundierten Ausführungen von Nicole Nüssli und ist beruhigt, dass die Verwaltung keine Adressen von Einwohner/innen weiterverkauft.

://:

Die Interpellation von Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, betreffend Weitergabe von Adressen von Einwohnerinnen und Einwohnern durch die Gemeindeverwaltung wird vom Gemeinderat beantwortet und als erledigt abgeschrieben.

171 12.600 Öffentlicher Verkehr

Postulat der CVP/SVP-Fraktion betreffend Alternativen zum bestehenden Tramhäuschen am Allschwiler Dorfplatz, Geschäft 3273

Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, **Paul Schüpbach**:

Der Gemeinderat ist zur Entgegennahme des Postulates bereit. Obwohl das Tramhäuschen kürzlich renoviert worden ist, werden immer wieder Ueberlegungen zu Alternativen angestellt. Er fügt an, dass man vielleicht darauf reagieren sollte, bevor das Gebäude unter Denkmalschutz gestellt wird.

Mathilde Oppliger, namens der CVP/SVP-Fraktion als Postulant, bittet den Gemeinderat nach Alternativen zum bestehenden Gebäude zu suchen. Das Tramhäuschen sei ein Fremdkörper im schönen Dorfbild und werde es auch nach kosmetischen Massnahmen bleiben. Die Öffentlichkeit eines Tramhäuschens rechtfertige diesen Aufwand. Im Dorf sollte eine Gesamtplanung des Bereiches ins Auge gefasst werden (Veloständer, Sandkiste etc.). Ebenfalls sollen die übrigen Allschwiler Tramhäuschen, speziell an der Ziegelei und am Lindenplatz, in die Überlegungen einbezogen werden.

Dr. Lukas Rosenthaler, namens der SP-Fraktion, unterstützt das Postulat. Als FIREKO-Präsident plädiert er allerdings für eine kostengünstige Planung. Er weist darauf hin, dass ein Kehrplatz für die verlängerte Tramlinie Nr. 8 in die Planung einzubeziehen ist.

Alex Horisberger, FDP-Fraktion, weist auf das Postulat der FDP-Fraktion vom 11.9.1985 betreffend Dorfkerngestaltung, Geschäft 1155, hin, welches noch nicht abgeschrieben sei. Er erinnert an dessen Beantwortung, die noch aussteht.

Gemeinderat **Paul Schüpbach** bestätigt, dass dieses Postulat noch hängig ist. Er verspricht eine ausführliche Berichterstattung über sämtliche Punkte des neuen sowie des alten Postulates.

://:

Das Postulat der CVP/SVP-Fraktion betreffend Alternativen zum bestehenden Tramhäuschen am Allschwiler Dorfplatz wird grossmehrheitlich dem Gemeinderat überwiesen.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, erinnert abschliessend an § 40 des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates, Abs. 3, Behandlung von Motionen und Postulaten: „Ist der Gemeinderat bereit, eine Motion als Motion oder ein Postulat entgegen zu nehmen, findet eine Beratung nur statt, wenn aus der Mitte des Einwohnerrates ein gegenteiliger Antrag gestellt wird.“ Durch Befolgen dieses Paragraphen könne die Effizienz bei der Geschäftsbehandlung im Rat gesteigert werden. Er bittet um Berücksichtigung dieser Bestimmung anlässlich der nächsten Plenarsitzung.